



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>Generation 50+ nicht aufs Abstellgleis stellen</i> von Tobias Weidmann Seite 2	Kanton Zürich <i>Lebhafte Debatte zur Anti-Chaoten-Initiative</i> von Nina Fehr Düsel Seite 3	Aktuell <i>Die KMU verdienen eine Vertretung in Bern</i> von Hans-Ulrich Bigler Seite 4-5	Fadegrad <i>Diagnose richtig – Rezept falsch</i> von Susanne Brunner Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>SVP-Gipfeltreffen am 17. September, Hof Harder</i> Seite 8
--	---	---	--	--

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN

Die Schweiz braucht einen grossen Wahlsieg der SVP!

Steigende Krankenkassenprämien, ausufernde Zuwanderung, explodierende Kosten in der Energieversorgung, ausser Kontrolle geratene Bundesbetriebe und das vor dem Kollaps stehende Bildungswesen. In der Schweiz türmen sich die Probleme. Und eines ist gewiss: Diese Probleme lösen sich nicht von allein. Die SVP weist schon seit Jahren auf die gescheiterte Politik in diesen Bereichen hin, doch unsere Lösungsvorschläge werden konsequent ignoriert.

Jedes Jahr dasselbe Ritual: Die Krankenkassenprämien steigen und alle schieben einander gegenseitig die Schuld zu. Darf es noch etwas mehr sein? Natürlich gerne. Immer mehr Leistungen werden in den Leistungskatalog der Grundversicherung gepackt. Eine Bagatellbehandlung auf der Notfallstation, vor allem von Personen mit Migrationshintergrund, die unser bewährtes Hausarztmodell nicht kennen? Kein Problem, auch das ist in unserem Land ohne eigenen Kostenbeitrag zu haben. Und obendrein beklagt man sich über die lange Wartezeit. Gerne nehmen die Spitäler das Geld der Privatversicherten, um defizitäre Bereiche quer zu subventionieren.

Überprüfung des Leistungskatalogs angezeigt

Es ist nicht nur eine Diskussion über Änderungen in diesem kranken Gesundheitswesen erforderlich, sondern es müssen dringend Anpassungen erfolgen. Es braucht eine umfassende Überprüfung des Katalogs der Grundleistungen. Auch müssen die überzinsenden und unnötigen Marketingausgaben der Kran-

kenkassen kritisch hinterfragt werden. Die Krankenkassenvermittler kassieren nach Schätzungen rund 480 Millionen Franken Provisionen pro Jahr für den Krankenkassenwechsel! Braucht es wirklich jeden Herbst das gegenseitige Abwerben der Versicherten?

Die ausufernde Zuwanderung macht auch in diesem Jahr nicht Halt. Es wird erwartet, dass das Bevölkerungswachstum der Schweiz im Jahr 2023 in neue Sphären vorstossen wird. Mit der erwarteten Zunahme von 148 000 Personen würde der Zuwachs in etwa der Einwohnerzahl von Bern entsprechen. Diese hohe Zahl an Zuwanderern trägt zu einem grossen Teil dazu bei, dass Mieten in schwindelerregende Höhen steigen, immer mehr Pflegekräfte und Lehrer benötigt werden und neue Strassen gebaut werden müssen. Landauf, landab müssen in den Gemeinden weitere Schulhäuser bewilligt und finanziert werden. Diese Millionenkosten trägt die Allgemeinheit.

Zuwanderung treibt Teuerung

Die Zuwanderung ist auch mitverantwortlich, dass die Energiekosten prozentual noch stärker als die Krankenkassenprämien steigen. Dies gefährdet nicht nur den Produktionsstandort Schweiz, sondern bringt viele Familien im Mittelstand in existenzielle Nöte. Wir müssen die Zuwanderung selbst steuern können. Brüssel darf nicht weiter bestimmen, wer zu uns kommen darf.

Die Personenfreizügigkeit bringt unserem Gewerbe nichts, denn es kommen zu viele und es kommen die Falschen. Der Fachkräftemangel kann damit offensichtlich nicht entschärft werden.

Ruag, Post, Swisscom. Gut verdienende Verwaltungsräte und fürstlich entlohnte CEOs in unseren Bundesbetrieben erbringen, natürlich unter der Schirmherrschaft des Bundes, zunehmend fragwürdige Leistungen. Mal wird die Gesetzgebung beim Export von Rüstungsgütern auf einseitige Weise interpretiert, mal werden, wie bei der Post geschehen, Millionen für Waldkäufe im Ausland getätigt. Die angekündigten Preiserhöhungen, die Entlassung von Personal, der Abbau von Filialen in den Randgebieten und somit der Abbau beim Service public ist dabei nur noch eine tragische Randnotiz. Wir aber fragen uns dabei, wo ist das Controlling und die Strategie des Bundes als Besitzer dieser Betriebe?

Qualität der Schulen leidet

Unsere Schulen leiden seit Jahren unter einer fehlgeleiteten Bildungspolitik. Die meisten Eltern und Lehrer haben es schon lange bemerkt: Die Integrationsstrategie ist gescheitert. Die Verantwortlichen wollen nicht wahrhaben, dass nicht jedes verhaltensauffällige Kind in einer Regelklasse unterrichtet werden kann. Es wird geflissentlich übersehen, dass wieder Kleinklassen geschaffen werden müssen, wo individuell auf



Die Qualität der Schulen leidet wegen Masseneinwanderung und zeitgeistigen Reformen. (Symbolbild).
Bild: Amanda Mills (Pixnio.com)

die Bedürfnisse der Kinder eingegangen werden kann. Es braucht keine erweiterten Lernräume, keine Sozial- oder andere Inseln an unserer Volksschule. Es braucht engagierte Lehrkräfte, die sich wieder auf ihren Kernauftrag konzentrieren können, das Unterrichten. Das fatale Festhalten an der gescheiterten Integrationspolitik schadet den regulären Schülerinnen und Schülern. Diese haben ein Recht auf einen guten und ungestörten Unterricht. Nur die SVP kümmert sich um die Anliegen dieser Volksschüler.

Die SVP steht ein für eine sichere, neutrale und unabhängige Schweiz. Die SVP setzt sich ein für tiefe Steuern und Abgaben und stemmt sich gegen den

ausufernden Verwaltungsstaat. Es braucht mehr SVP denn je. Der Wohlstand in unserem Land ist stark gefährdet.

Für die Probleme der steigenden Krankenkassenprämien, der ausufernden Zuwanderung, der explodierenden Kosten in der Energieversorgung und bei den ausser Kontrolle geratenen Bundesbetrieben hat die SVP schon seit Jahren die richtigen Lösungen. Ich bin zuversichtlich, dass die SVP nach den Wahlen genügend stark sein wird, damit die Schweiz weiter ein Ort des Friedens und des Wohlstandes bleibt. Wir alle sind gefordert, uns mit ganzer Kraft für einen deutlichen Wahlsieg der SVP einzusetzen.



Bruno Walliser
Nationalrat SVP
Volketswil

Jetzt unterschreiben! Volksinitiative von Paul Mayer und Stefan Schmid

Stopp Prämien-Schock!
mittelstand-entlasten.ch

Mittelstand entlasten. Schmid wählen!

Stefan Schmid
in den Nationalrat

Liste 1 SVP

Unternehmer nach Bern!

Hans-Ulrich Bigler
in den Nationalrat

2x auf jede Liste

Wählen Sie am 22. Oktober 2023 die KMU-Unternehmerliste 22

In den Ständerat: Gregor Rutz zusammen mit Regine Sauter

hansulrich-bigler.ch

SVP Die Partei des Mittelstandes

Weiterhin tatkräftig in Bern
2x auf Ihre Liste

Therese Schläpfer
Alt-Gemeindepräsidentin Hagenbuch

Wieder in den Nationalrat

therese-schlaepfer.ch

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes

Sichere Zukunft für Gewerbe und Mittelstand

KMU geprüft XGV

Wieder in den Nationalrat
Am 22. Oktober 2023
2x auf Ihre Liste!

Bruno Walliser
brunowalliser.ch
bisher

In den Ständerat: Gregor Rutz zusammen mit Regine Sauter

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes



Christoph Mörgeli

Übers eigene Gehirn gestolpert

In seinem brillanten Buch «Die Kunst des klaren Denkens» beschreibt Rolf Dobelli, wie uns unser Gehirn gewissermassen systematisch ins Stolpern bringt. Es verführt uns nämlich zu Denkfehlern, die sich im besseren Fall harmlos, im schlechteren Fall aber verheerend auswirken. So glauben die Männer, sie bekämen durch häufiges Schwimmen die gleiche Figur wie die Spitzenschwimmer. In Wahrheit sind diese so erfolgreich im Wettkampf, weil ihr Körperbau sie dazu in die Lage versetzt.

Auch die Werbung macht sich unsere Logikdefekte zunutze: So glauben die Frauen, ihr Haar werde durchs Benutzen des angepriesenen Shampoos so weich, schön und voll wie das des gezeigten Models. Tatsächlich darf diese Dame nur als Werbeträgerin auftreten, weil die Natur sie mit so herrlichem Haar ausgestattet hat. Klimaforscher glauben, sie könnten die Menschheit dazu erziehen, das Weltklima zu verändern. Sie massen sich fast schon eine göttliche Rolle an. Dem Klima ist's egal. Wir undisziplinierten Denker haben ja auch das Gefühl, wir hätten durch das Drehen des Temperaturreglers das Klima in einem Hotelzimmer verändert. Dabei war es die Klimaanlage. Oder wir glauben, durch Drehen des Thermostats die Wohnungstemperatur erhöht zu haben. Dabei ist es im Fall einer Ölheizung die Leistung eines Heizkessels.

Genauso beschränkt ist die Vorstellung, wir könnten durch Vermeiden von CO₂-Ausstoss und Verringerung der Nachfrage das weltweite Angebot an Öl und Erdgas senken. Nur wird das Öl und Gas trotzdem produziert – und einfach an andere verkauft. Indem wir sparen, drücken wir die Preise und subventionieren so CO₂-Spitzenschleuderer wie China, die USA oder Indien. Illusorisch ist auch die Vorstellung, Flatterstrom von Wind und Sonne lasse sich beliebig ins Netz einspeisen. Das funktioniert nur, wenn konventionelle Anlagen bei Flaute jederzeit Ersatzstrom liefern können. Verwechseln wir das Denken nicht mit dem Umgruppieren unserer Vorurteile. Das logische Denken ist und bleibt Schwerstarbeit. Deshalb beschäftigen sich die meisten lieber nicht damit.

Die erste Woche der Herbstsession 2023

Es herrscht emsiges Treiben im Bundeshaus. Die Vereinigte Bundesversammlung feierte das Jubiläum der 175-jährigen Bundesverfassung. Schon bei der Einführung der Bundesverfassung war die Schweiz ein Sonderfall. Inmitten von Monarchien entstand 1848 aus dem Staatenbund ein demokratischer Bundesstaat.

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

114 Artikel haben die zerstrittenen Kantone zusammengeführt und bis heute zusammengehalten. Das Zweikammer-System mit gleichen Rechten nach amerikanischem Vorbild hat sich bewährt. Dieser wichtige Zeitpunkt in der Schweizer Geschichte wird hoffentlich ein Anstoss für die Schulen sein, dieses vernachlässigte Thema im Unterricht vertieft zu behandeln und den Sonderfall Schweiz zu erklären.

Peinliche linke Jubiläumsfeier

Während sich anfänglich die Feier mit dem Aufspielen eines Orchesters würdig gestaltete, nahm sie im weiteren Verlauf eine einseitige Wende und wurde zu einer Schultheateraufführung. Den Linken mit ihrem schrägen Geschmack für Kunst gefiel dies. Zu unserem Erstaunen durfte der SP-Politikwissenschaftler Claude Longchamp sich stolz ans Rednerpult stellen. Weiter bekam der linkslastige St. Galler Komiker Joachim Rittmayer eine Bühne. Er stellte sich vor einiger Zeit, als Toni Brunner um den Ständeratssitz kämpfte, an die Seite von Paul Rechsteiner. Die Peinlichkeiten überboten sich, als die Romandie lächerlich gemacht und unsere Landeshymne verhunzt wurde. Was eine würdige Feier werden sollte, zeigte sich als abschätzige Darstellung unserer Schweiz, ganz im Sinne von linken Ideen. Die peinliche Feier wurde

übrigens von den beiden Mitte-Ratspräsidenten organisiert. Die Einweihung des Tympanons, von welchem ich schon berichtet habe, war dann ein würdiger Anlass. Und die 246 Kacheln werden auch bleiben wie die Bundesverfassung.

Mitte-Links-Allianz verteuert den Strom weiter

Der Mantelerlass soll eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien ermöglichen. Dabei debattierten wir über die Solarpflicht für Gebäude und Parkflächen. Die Mitte-Links-Mehrheit beschloss die verpflichtende Nutzung von Solarenergie auf Neubauten mit einer Dachfläche ab 300 m², für neue Parkplätze von 500 m² – was rund 25 Parkplätzen entspricht – und für bestehende Parkplätze mit einer Fläche von 1000 m², also ab rund 50 Parkplätzen. Betroffene Unternehmen wie Läden, Hotels, Sportvereine, Landwirtschaftsbetriebe usw. müssen um- und aufrüsten und sehen sich mit hohen Kosten konfrontiert. Sie werden diese auf ihre Kunden abwälzen müssen. Die Produkte werden teurer, alle werden zur Kasse gebeten. Weil der mit Solarpanels produzierte Flatterstorm grossen Schwankungen unterliegt, muss das Stromnetz ausgebaut werden. Diese Kosten werden auf über 40 Milliarden beziffert und auf den Konsumenten abgewälzt. Eine nicht absehbare Stromverteuerung wird uns alle treffen.

Ausbau der A1

Das Bundesgesetz über die Zulassung als Strassentransportunternehmen wurde zusammen mit unseren eingebrachten Minderheitsanträgen gutgeheissen. Damit will der Bundesrat im internatio-

nalen Gütertransport auf der Strasse den fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen gewährleisten.

Erfreulicherweise wurde die Motion von Erich Hess zum Ausbau der A1 auf sechs Spuren angenommen. Bekämpft wurde dieser Vorstoss von den Grünen. Sie sehen das vergrösserte Verkehrsaufkommen aufgrund des Strassenausbau. Den Bevölkerungszuwachs blenden sie tunlichst aus.

Bei der Volksinitiative «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien», auch als Prämienentlastungsinitiative bekannt, dürfen wir den Kompromiss mit dem indirekten Gegenvorschlag als Erfolg verbuchen. Ursprünglich sollten vom Bund und den Kantonen zwei Milliarden für Prämienverbilligungen aufgewendet werden. Der Kompromiss sieht nun einen Betrag von über 350 Millionen vor. Kosteneinsparungen durch den Verzicht auf unnötige Eingriffe, Senkungen im administrativen Bereich oder eine Reduktion der Regulierungen wurden leider nicht in Betracht gezogen.

Umstrittene 5-Minuten-Regel: Die Bürger müssen informiert werden

Das Transplantationsgesetz muss wegen der Annahme der Initiative zur Organpende geändert werden. Bis auf einen Punkt herrscht Einigkeit im Parlament. Dieser betrifft die Organentnahme fünf Minuten nach einem Herz-Kreislauf-Stillstand, die sogenannte 5-Minuten-Regel. Ich habe einen Vorstoss eingereicht, dass dies verboten wird. Die Behauptung, das Hirn sei nach fünf Minuten irreversibel geschädigt, ist sehr umstritten. Notfallmediziner stellen häufig fest, dass Menschen nach fünf Minuten Herz-



Das neue Tympanon des Bundeshauses. Bild: Therese Schläpfer

stillstand oft erfolgreich reanimiert werden können, sogar ohne Hirnschäden. Bis 2011 waren Organentnahmen nur erlaubt, nachdem der Spender von selbst einen Hirntod erlitten hatte, und die unterstützenden Kreislaufmaschinen mussten nie abgestellt werden. Seit ein paar Monaten wird nun die 5-Minuten-Regel angewendet. Dabei wird die Blutzufuhr zum Hirn nach fünf Minuten mit einem in die Aorta eingeführten Ballon gestoppt. Verrutscht der Ballon, wird die Maschine sofort abgestellt, weil befürchtet wird, es könnte sonst zu einer Selbstwiederbelebung des für tot erklärten Hirns kommen und das Schmerzempfinden käme zurück.

Seit der Anwendung der 5-Minuten-Regel stiegen die Spenden um 46% an. Deutschland verbietet diese Regelung und in Italien muss nach einem Herz-Kreislauf-Stillstand 20 Minuten gewartet werden. Besonders seit die Widerspruchslösung gilt, müssen die Menschen über diese Tatsache informiert werden. Ich bin nicht gegen Organtransplantationen. Ich mag jedem Organempfänger einen Ersatz und damit sein neues Leben von Herzen gönnen. Aber auch die Organspender haben ein Recht, auf diese Tatsache aufmerksam gemacht zu werden.

MEHR SCHWEIZER KOMPETENZ IM ARBEITSMARKT DURCH EINE NACHHALTIGE ZUWANDERUNG

Die Generation 50+ soll nicht aufs Abstellgleis gestellt werden

Es braucht wieder mehr Schweizer Kompetenz im Arbeitsmarkt. Jobs und Aufstiegschancen sollen auch in Zukunft für alle Generationen gewährleistet sein. Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern, indem wir die Zuwanderung nachhaltig und gezielt steuern. Insbesondere für die Generation 50+, denn niemand sollte im besten Alter auf das Abstellgleis gestellt werden.

Tobias Weidmann
Kantonsrat SVP
Hettlingen

Die praktisch unkontrollierte, massenhafte Zuwanderung der letzten Jahre führt zu Lohndruck, Verdrängung älterer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt und hohen Folgekosten für unsere Infrastruktur und Sozialwerke. Diese Fehlentwicklung aus der jüngeren Vergangenheit müssen wir korrigieren, weil wir sonst den Wohlstand der Schweizer Bevölkerung über mehrere Generationen gefährden.

Die Zuwanderung führt zu Lohndruck

Aufgrund des hohen Lohnniveaus in der Schweiz gibt es im Arbeitsmarkt einen Sogeffekt, welcher das Lohnniveau ständig unter Druck bringt. Aus diesem Grund führte der Bund die flankierenden Massnahmen ein. Allerdings werden durch die flankierenden Massnahmen nur die Mindestlöhne geschützt. Kein Zugewanderter will sein Leben lang für einen Minimallohn arbeiten. Die Löhne werden aber nicht steigen, weil im Ausland bereits die nächste willige Arbeitskraft zum Import bereitsteht. Diese ausländischen Arbeitskräfte verdrängen zu einem grossen Teil unsere Arbeitnehmer, weil sie billiger und jünger sind und dadurch weniger Sozialkosten für die Unternehmung verursachen. Die Bestätigung die-

ser Entwicklung zeigt sich darin, dass die Erwerbslosigkeit seit 2007 mit Beginn der Personenfreizügigkeit stark angestiegen ist.

Die offiziellen Arbeitslosenzahlen haben mit der Wirklichkeit wenig zu tun. In der Realität hat die Schweiz nicht – wie vom Bund ausgewiesen – eine Arbeitslosigkeit von 2,2 Prozent. Im Gegensatz zu Deutschland werden in der Schweiz die Ausgesteuerten nicht in der Statistik einbezogen. Wenn wir allerdings die Ausgesteuerten miteinbeziehen, hatten wir im Jahr 2022 eine Erwerbslosenquote von über 4,3 Prozent. Trotz jahrelanger Hochkonjunktur ist die Erwerbslosigkeit doppelt so hoch wie vor der Personenfreizügigkeit und erheblich höher als in Deutschland.

Die Zuwanderung verdrängt ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt

In absoluten Zahlen haben wir heute mehr registrierte Arbeitslose und viel mehr Erwerbslose. Jeder dritte Arbeitslose über 50 findet keine Stelle mehr. Genau darum wurde auch die Überbrückungsrente ins Leben gerufen, weil das offensichtliche Fakten sind. Der Grossteil der Ausgesteuerten ist über 50 Jahre alt und frustriert vom unermühten Kampf um eine Arbeitsstelle. Ich stelle fest, dass sie als Ausgesteuerte zunehmend verarmen und vereinsamen.

Passend dazu schreibt auch die NZZ am Sonntag, dass ein hohes Alter bei der Jobsuche eine grössere Hürde sei als die Benachteiligung wegen des Geschlechts oder der Herkunft («Ich (50)

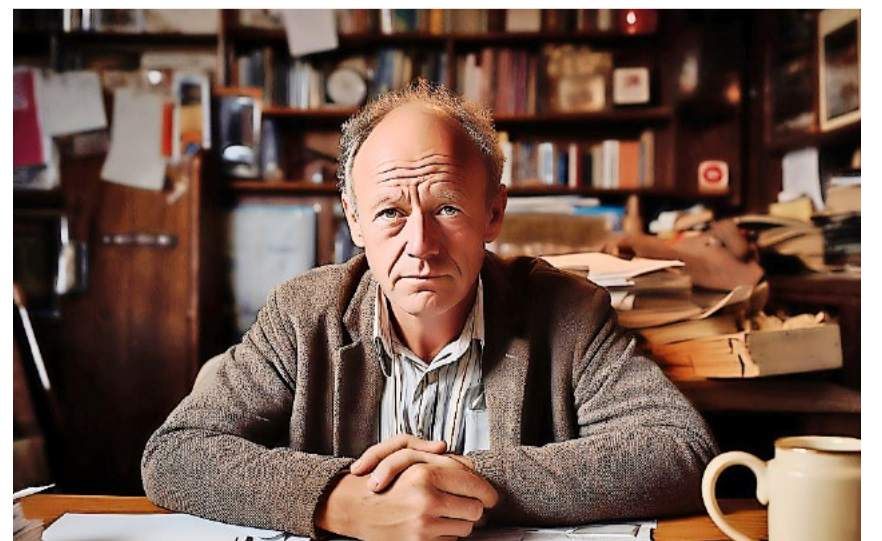
alte Schachtel suche Arbeit», 27. August 2023). So schreibt der Autor, dass die Arbeitslosenquote dieses Handicap zwar nicht spiegle, da die 50 bis 64-Jährigen dort leicht besser abschneiden würden als der Durchschnitt. In der Statistik seien jedoch nur jene Personen erfasst, die effektiv bei den Arbeitsämtern registriert seien.

Was eben bei vielen älteren Stellensuchenden nicht der Fall ist. In der Kategorie über 60 bleibe jeder Zweite nach dem Auslaufen der Arbeitslosenversicherung ohne Stelle. Aussagekräftiger für die Benachteiligung, so meint der Autor – und da stimme ich absolut mit ihm überein – sei die Dauer der Arbeitslosigkeit. Während man mit 20 Jahren nach 120 Tagen einen neuen Job finde, brauche ein 50-Jähriger doppelt so

lange. Mit 55 dauere es dann bereits 300 Tage, und mit 60 klettere die Frist gar auf 400 Tage.

Wir brauchen deshalb wieder eine eigenständige Schweizer Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung, anstatt diese einfach der EU zu überlassen. Wir müssen die Zuwanderung mit Kontingenten nach Berufsgruppen und einer Integrationsmitgift gezielt lenken können. Nur so behalten wir unsere Löhne und unsere bewährte Schweizer Qualität in Ausbildung und Beruf bei.

Darum setzen wir uns für eine massvolle, kontrollierte und von der Schweiz gesteuerte Zuwanderung ein. Eine Integrationssteuer für ausländische Arbeitskräfte, welche innerhalb von 5 Jahren degressiv auf null reduziert wird, wäre eine klare Verbesserung. Wir müssen die «Ü50»-Arbeitskräfte mit Steuerzugsmöglichkeiten für Arbeitgeber wieder attraktiv machen, indem gewisse Lohnbeiträge bis zum 50. Lebensjahr linear reduziert werden.



Wer aus dem Raster fällt, hat keine Chance. Der Kampf um eine neue Arbeitsstelle kann zermürben (Symbolbild).

Bild: Midjourney KI

AUS DEM KANTONS RAT

Erfolgreiche Initiative gegen die Anarchie

Die «Volksinitiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung», umgangssprachlich auch bekannt als «Anti-Chaoten-Initiative», provozierte scharfe linke Polemik im Kantonsrat.



Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Fast könnte man sich auf einem fremden Planeten fühlen, derart abstrus wirkt die linke Polemik gegen eine Initiative, die nicht mehr will als die Durchsetzung des Rechtsstaates im Rahmen geordneter Verhältnisse. Dabei wird von linker Warte aus weltfremd darauf insistiert, dass die Initianten den Kanton dafür einspannen wollen, der Stadt Zürich den Tarif durchzugeben, weil man auf kommunaler Ebene nicht zum Erfolg komme. Klimastreiks, Velodemos und weitere Aktivitäten und Manifestationen legen oft die Stadt lahm, ganz abgesehen von den massiven Sachbeschädigungen, die sie verursachen. Die rotgrüne Stadtregierung unter der grünen Polizeivorsteherin betreibt demgegenüber eine Laissez-faire-Politik. Es geht daher nicht um einen Stadt-Land-Konflikt, sondern schlicht um Rechtmässigkeit.

Verantwortung tragen statt der Anarchie frönen

In ihrem Votum wies Nina Fehr Düsel, die selber zum Kreis der Initianten gehört, darauf hin, dass die Linken das Problem herunterspielten. Doch diese täten gut daran, die Regeln der Fairness zu respektieren: Sie sollten die Bewilligungspflicht einhalten und für Schäden aufkommen, die ihre Manifestationen verursachen. Auch Ueli Bamert entgegnete in einem sachlichen und dynamischen Votum den Linken, dass sie sich nicht aus der Verantwortung stehlen können.

Der Linken ist entgegenzuhalten, dass sie von «Repression» redet, dabei aber ausblendet, dass gerade diese das Merkmal von autoritären und totalitären Regimes wie jenes in Russland ist, wo bereits eine falsche Wortwahl ins Straflager führen kann: Das ist wahrlich «chilling» und nicht die konstruierten Fälle von grünen Votanten. So predigt

die Linke ganz nach Thomas Hobbes die Anarchie und «homo homini lupus» (lat. der Mensch ist dem Menschen ein Wolf). Sie vergisst, dass es in diesem Realismus den Leviathan als ordnende Macht braucht.

Repression bejammern – ausser die selber betriebene

Wenn gleichzeitig bejammert wird, dass man damit die Kriminalisierung für reine Übertretungen fördere, dann ist dies inkonsequent. Denn genau die gleichen Kreise betreiben extreme Forderungen wie Tempo 30 an unmöglichen Stellen, möglicherweise mit der Intention, verantwortungsbewusste Autofahrer zu kriminalisieren.

Auch die Forderung des den Linken genehmen, aufgeweichten Gegenvorschlages, dass eine Kostenbeteiligung an den Schäden «in der Regel» vorgenommen werde, scheidet an der Realität. Denn diese zeigt, dass gerade in der Regel eine solche Beteiligung unterlassen wird.

Ziviler Ungehorsam im freien Fall

Schliesslich könnte angesichts des praktizierten individuellen Ungehorsams das Widerstandsrecht angerufen werden. Aber auch dieses basiert in den genannten Fällen der Praxis auf brüchigem Fundament: Zwar sieht die Epikie nach

Aristoteles vor, dass man dann gegen eine Ordnung verstossen kann, wenn eine Befolgung dieser Regelung paradoxerweise zur Folge hätte, dass genau mit dem «Gehorsam» der eigentlichen Intention dieser Ordnung zuwidergehandelt würde. Wenn – um dies anschaulich darzustellen – Pazifisten mit einer fundamentalistischen Interpretation der Gewaltlosigkeit in gewissen Fällen die Unterwerfung durch «Verhandlung» proklamieren, dann fördern sie genau damit Kriegsverbrechen. Damit würde der Imperativ «du sollst nicht töten» ad absurdum geführt.

So zeigt es sich, dass illegal Demonstrierende sich keineswegs auf das Widerstandsrecht berufen können: Ihre Argumentation fällt auf allen Ebenen durch Widersprüche auf – und bricht an der Basis der Legitimation in sich zusammen.

Erfolg auf dem Boden der Realität

Von der politischen Philosophie zurück zur Realität: Im Kantonsrat fand zwar die Initiative nur knapp keine Unterstützung, der immer noch griffige Gegenvorschlag hingegen eine grosse Mehrheit. Derweil verschwand der verwässerte Gegenvorschlag der Linken in der Versenkung. Auch ohne das ideale Ziel zu erreichen, ist das ein realistischer Erfolg.



Wer teure Polizeieinsätze verursacht, soll in Zukunft für die Kosten aufkommen müssen. Bild: Wikipedia

WORTE DER PRÄSIDENTIN SVP STADT ZÜRICH

Anti-Chaoten-Initiative: Nächster Schritt heisst Abstimmungssieg

Unlängst ist klar: Zürich hat ein Problem mit unbewilligten Demonstrationen. Immer wieder ziehen Chaoten durch die Stadt. Nicht selten kommt es dabei zu Gewalt und massiven Sachbeschädigungen. Alleine im Jahr 2021 wurde in der Stadt Zürich 360-mal demonstriert oder protestiert. Ein Drittel dieser Aktionen waren unbewilligt. In ungueter Erinnerung bleiben die Krawalle aus der linken Szene im letzten Februar und März. Zurück bleiben eine Spur der Verwüstung und hohe Kosten für den Polizeieinsatz. Bezahlen darf dies der Städtzürcher Steuerzahler.

Jetzt gibt es gute Nachrichten: Wir sind greifbaren Massnahmen einen Schritt näher. Die eingereichte «Anti-Chaoten-Initiative» der Jungen SVP Kanton Zürich wurde am 11. September im Kantonsrat abschliessend behandelt. Die Initiative fordert, dass Teilnehmer und Veranstalter unbewilligter Demonstrationen für die verursachten Kosten der Blaulichtorganisationen zur Kasse gebeten werden. Zusätzlich soll eine generelle Bewilligungspflicht eingeführt werden.

Für die Mehrheit des Kantonsrats ist unbestritten, dass es strengere und einheitliche Regeln braucht. Doch es

wäre zu einfach gewesen, einer Initiative aus der Feder der Jungen SVP zuzustimmen. Hingegen empfiehlt der Kantonsrat einen direkten Gegenvorschlag. Der Gegenvorschlag sieht bei der Räumung von besetzten Liegenschaften keine Kostenübernahme mehr vor. Ebenfalls sollen die Kosten von Sachbeschädigungen nicht inbegriffen sein. Der grösste Unterschied besteht darin, dass die Kosten der Einsatzkräfte lediglich bei einem vorhandenen Vorsatz verrechnet werden sollen.

Für die Junge SVP Kanton Zürich ist der Gegenvorschlag ein Teilerfolg. Doch eine Tatsache bleibt: Nur die Initiative garantiert, dass die Kosten in jedem Fall verrechnet werden. Grundsätzlich bestünde bereits heute die Möglichkeit, die Kosten den Teilnehmern zu verrechnen. Leider kommt dies bei der Kantonspolizei nur in seltenen Fällen vor. Die Stadtpolizei verzichtet unter der Leitung der Grünen-Stadträtin Karin Rykart grundsätzlich auf die Verrechnung. Allein dieser Zustand zeigt die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung für alle Polizeikorps im Kanton Zürich.

Trotzdem sprachen Kantonsräte der Grünen von einer «Anti-Demokratie-Initiative». Das ist lächerlich. Richtiger-

weise besteht in einer Demokratie die Versammlungsfreiheit. Es besteht jedoch kein Recht darauf, das Eigentum Dritter zu beschädigen und mit gewalttätigen Handlungen Polizei, Sanitäter oder unschuldige Passanten anzugreifen. Diese Handlungen stellen kein schützenswertes Gut dar. Vielmehr verlangen sie staatliche Konsequenzen und den Schutz derer, die sich friedlich und rechtskonform versammeln.

Gemeinsam mit der Jungen SVP Kanton Zürich werden wir uns genau gegen diese Aufhebung der beschriebenen Missstände einsetzen. Jetzt heisst es: überzeugen! Wir werden bis zum Abstimmungstermin alles daransetzen, die Bevölkerung von unserem Anliegen zu überzeugen. Dabei bleibt unsere Botschaft einfach: debattieren statt demolieren.



von
Camille Lothe

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Lebhafte Debatte zur Anti-Chaoten-Initiative im Rat



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küssnacht

Es freut mich, dass die Initiative, welche ich zusammen mit Sandro Strässle von der Jungen SVP und Camille Lothe lanciert habe, auf so viel gutes Echo gestossen ist. Die Anti-Chaoten-Initiative will, dass in den Gemeinden des Kantons Zürich Demonstrationen, die zu gesteigertem Gemeingebrauch des öffentlichen Grunds führen, bewilligungspflichtig sind und dass bei illegalen Demonstrationen die Kosten für Polizeieinsätze und Sachbeschädigungen auf Veranstalter und Teilnehmer aufgeteilt werden.

Es war wichtig, diese Debatte zu lancieren. Nach den Ausführungen von Sandro Strässle und Daniel Wäfler folgte am Montag mein Votum: In Zürich und teilweise auch Winterthur sind Demos, welche Polizei erfordern, leider fast an der Tagesordnung. Unbewilligte Demonstrationen lösen schnell einmal Polizeikosten von mehreren Hunderttausend Franken aus. Auch die volkswirtschaftlichen Kosten sind oft beträchtlich. Der ÖV wird behindert, Strassen werden gesperrt und Scheiben von Geschäften werden regelmässig verspritzt oder eingeschlagen. Dies soll sich ändern. Wer illegale Kundgebungen oder Veranstaltungen durchführt, soll künftig zur Kasse gebeten werden.

Und wer bewilligte Demonstrationen stört und randaliert, muss für die Konsequenzen geradestehen.

Dies gilt für alle Arten von Chaoten, von denen die meisten sicherlich aus der linken Szene kommen. Auch Hausbesetzer und Hooligans sind zur Verantwortung zu ziehen, sodass sie für die Kosten der Polizeieinsätze und Sachbeschädigungen bezahlen müssen.

Regierungsrat Mario Fehr hat einen Gegenvorschlag erarbeitet. Dieser geht sicherlich in die richtige Richtung, aber zu wenig weit. Daher sind wir sehr froh, dass wir den Gegenvorschlag zusammen mit der FDP und der GLP in der Kommission KJS noch verschärfen konnten und die Bewilligungspflicht für Demonstrationen darin aufnehmen konnten. Dieser Gegenvorschlag wurde im Kantonsrat breit unterstützt. Für uns ist essenziell, dass die Kosten bei Vorsatz den Verursachern auferlegt werden können und dass es für grössere Veranstaltungen auch eine Bewilligungspflicht braucht, damit die Polizei sich wappnen kann.

Die Linken haben in der lebhaften Ratsdebatte im Kantonsrat die Gewalt in Schutz genommen und mit Falschbehauptungen um sich geworfen. So konnten wir erfolgreich zeigen, dass die Initiative nicht gegen übergeordnetes Recht verstösst und das Recht auf Versammlungsfreiheit selbstverständlich gewahrt wird. Gemäss Thomas Forrer, Nicola Siegrist und Leandra Columberg setzen wir uns nicht für die Städtzürcher ein. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall. Wir wollen die Steuerzahler und Gewerbetreibende entlasten. Wir wollen einen Rechtsstaat und keinen Chaosstaat.

Im Rat wurde der verschärfte Gegenvorschlag mit 115 Stimmen deutlich angenommen, was uns sehr gefreut hat. Die Initiative hat zwar keine Mehrheit erlangt. Wir sind dennoch sehr froh, dass beide Vorlagen bald vor das Volk kommen und die Bevölkerung über dieses wichtige Thema abstimmen kann. Der Unmut der Steuerzahler, Anwohner und Gewerbetreibende war immer sehr gross. Diese mussten die vielen Demos und Ausschreitungen erdulden und trotzdem noch dafür bezahlen. Die Auferlegung der Kosten auf die Verursacher ist nicht nur gerecht, sondern sie wirkt auch als Abschreckung und ist ein wichtiges Signal, auch für die Zukunft.

Für ein starkes Gewerbe im Kanton Zürich!



Ueli Maurer
alt Bundesrat
(ehem. Vorsteher EFD)



Gregor Rutz
Nationalrat
(Ständeratskandidat)



Barbara Steinemann
Nationalrätin



Silvan Eberhard
Nationalratskandidat
(SVP-Unternehmerliste)

Am 22. Oktober 2023 sind **Nationalrats- und Ständeratswahlen**. Wir brauchen dringend wieder mehr Praktiker und **mehr Unternehmer in Bundesbern!** Mit Gregor Rutz steht nicht nur ein erfahrener Parlamentarier, sondern auch ein erfolgreicher Gewerbetreibender zur Wahl in den Ständerat. Was können wir tun, damit die Wahlen vom Oktober richtig herauskommen? Informieren Sie sich an unserem Anlass und tauschen Sie sich mit den Kandidaten aus!

→ **Samstag, 23. September, 11:45 Uhr – 14:30 Uhr**
Eberhard Bau AG, Breitloostr. 7, 8154 Oberglatt

Auch die Nationalratskandidaten aus den Bezirken Dielsdorf und Bülach sind anwesend:
Stefan Schmid, Markus Bopp, Romaine Rogenmoser, Roman Schmid, Christian Pfaller

Alle sind herzlich zu einem Glas Wein,
einem Bier und einer Wurst eingeladen!



www.rutz-fuer-zueri.ch

www.svp-zuerich.ch



Sie möchten inserieren?

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



PODIUMSVERANSTALTUNG DER SVP HINWIL

Windparks im Zürcher Oberland?

Das Thema «Windparks im Zürcher Oberland» verunsichert einen grossen Teil der Einwohnerinnen und Einwohner rund um den Bachtel, ja im gesamten Kanton Zürich.



René Schweizer bei der Begüssung. V.l.n.r.: NR Therese Schläpfer, KR Paul von Euw, Moderator Christian Brändli, Andrea Isler, KR Harry Brandenberger. Bild: ZVG

Um etwas Licht ins Dunkel zu bringen, organisierte die SVP Bezirk Hinwil zusammen mit der IG Bachtel, welche sich für die Anliegen der Grundeigentümer, Bewirtschafter und Einwohner im Bachtelschutzperimeter einsetzt, am 4. September eine Podiumsveranstaltung in Hinwil.

Lebhafte Diskussion

Auf der befürwortenden Seite plädierten Kantonsrat Harry Brandenberger, SP, Gossau, und Andrea Isler, Junge GLP Kanton Zürich, von Bäretswil, für erneuerbare Energie-Quellen und insbesondere für Windenergie. Auf der Kontraseite lieferten Nationalrätin Therese Schläpfer aus Hagenbuch und Kantonsrat Paul von Euw aus Bauma, beide SVP, stichhaltige Argumente gegen Windkraftanlagen im Zürcher Oberland. Moderiert wurde der Anlass vom ehemaligen Chefredakteur der ZO-Medien Christian Brändli.

Begrüsst wurden die Podiumsbesucher durch René Schweizer, Präsident

der SVP Bezirk Hinwil. Er betonte, man lebe in einer verrückten Zeit, auch wenn das Wort «Strommangellage» zuletzt in den Medien nicht mehr oft vorgekommen sei. Dies könnte sich jedoch in der kälteren Jahreszeit ganz schnell wieder ändern. Die Befürworter sehen in der Windenergie wichtiges Potenzial, um Stromlücken schliessen zu können. Die bekannten Argumente, wie das Energiegesetz, das ganz auf erneuerbare Energieformen setzt, oder das Herunterspielen der mangelhaften Windverhältnisse im Oberland und der zu befürchtenden Immissionen vermochten die zahlreich erschienenen Zuhörer nicht zu überzeugen.

Gegner überzeugten

Mehr Zuspruch erhielten die Argumente der beiden Gegner. Therese Schläpfer befasst sich seit Beginn der Windkraftthematik in unserem Kanton mit dem Thema und hat in ihrer Wohngemeinde eine Initiative eingereicht, um den Mindestabstand zu Windkraftan-

lagen auf 700 Meter festzulegen. Die Gemeindeversammlung ihrerseits hat den Abstand dann sogar auf 1000 Meter erhöht.

Die negativen Auswirkungen einer grossen Windkraftanlage mit Schattenschwurf, Lärmbelastung, Eisbildung im Winter usw. seien nicht zu unterschätzen. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis müsste zudem ausgewiesen werden. Laut Schläpfer würden Windkraftanlagen in der Schweiz nur gebaut, weil sie stark subventioniert würden.

In windstarken Gegenden wie z.B. offshore im Meer machten Windkraftanlagen aber durchaus Sinn.

Paul von Euw, selbst Anbieter von Photovoltaikanlagen und absolut kein Gegner der erneuerbaren Energien, schloss sich den Argumenten betreffend Abstand zu Windkraftanlagen und Effizienz an. Er zeigte auch auf, dass die Natur und insbesondere die Vögel unter den Anlagen leiden würden. Er relativierte indes, dass wir uns in der Schweiz kaum allen geplanten Anlagen widersetzen könnten. In der anschliessenden Fragerunde wurden vor allem kritische Fragen zu den Anlagen und deren Auswirkungen gestellt.

Die Organisatoren hoffen nun, dass die Einwände und Argumente der windkraft-kritischen Oberländer in die kantonsrätliche Richtplandebatte einfließen werden. Diese soll in den kommenden Wochen stattfinden. Ganz nach dem Prinzip: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Ruth Frei,
SVP Bezirk Hinwil

SVP OETWIL AM SEE

Grosser Erfolg am Puurezmorge in Oetwil

Das prächtige Wetter lockte schon frühzeitig zahlreiche Gäste an den Oetwiler Puurezmorge. Rund 250 Personen genossen das reichhaltige Buffet, sodass gar

noch zusätzlich Fleisch und Käse nachgeschafft werden musste. Viele Kinder tummelten sich auf dem Hof und insbesondere in der Hüpfburg. Das Trio Oergeli-Gwit-

ter sorgte bis in den Nachmittag hinein für Stimmung und es wurde sogar noch getanzt.

Eugen Hunziker



Referent NR Gregor Rutz umrahmt von Gemeinderat und Gastgeber Erich Schärer, KR Domenik Ledergerber, KR Marion Matter, NR Thomas Matter und Sektionspräsident Eugen Hunziker (v.l.n.r.). Bild: ZVG

SVP/BGB MEILEN

Traditioneller Herbstmarkt in Meilen

Bei strahlendem Sonnenschein und spätsommerlichen Temperaturen fand am 1. September in Meilen der traditionelle Herbstmarkt statt. Zu Beginn schaute Kantonsrätin und Nationalratskandidatin Nina Fehr Düsel am Stand der SVP/BGB Meilen vorbei, an dem sich die Gäste bei einem Glas Wein und Matteredhornli, gekocht von Kantonsrätin Marion Matter, verpflegen konnten.

Auch Ständeratskandidat NR Gregor Rutz und NR Thomas Matter unterstütz-

ten die Sektionsvertreter und vertieften sich in intensive Gespräche mit der Bevölkerung, während für die «Nachhaltigkeits-Initiative» fleissig Unterschriften gesammelt wurden.

Bis in die frühen Abendstunden verweilten die Besucher am Stand, sodass sich die Organisatoren über einen äusserst gelungenen Herbstmarkt freuen konnten.

Marion Matter



Genossen die Gespräche mit der Bevölkerung: NR Thomas Matter und KR Marion Matter. Bild: ZVG

SVP EGG

Grillabend auf dem Biohof Kunz

Die Mitgliederversammlung der SVP Egg von Ende August fand an einem besonderen Ort statt: auf dem Biohof von Lorenz Kunz und seiner Familie in Esslingen. Idyllisch gelegen betreibt Lorenz Kunz seit zahlreichen Jahren seinen Hof nach den Standards der Biolandwirtschaft. In seinen Ausführungen teilte er den Besuchern eindrücklich mit, wie sich die Bürokratie und die gesetzlichen Vorgaben im Laufe der Zeit massiv ausgeweitet haben – nicht nur zum Besten der Tiere.

Politiker und Beamte befinden nämlich über Dinge, von denen sie keine Ahnung haben. Die auf seinem Hof erwirtschafteten Köstlichkeiten, die Lorenz Kunz den Mitgliedern servierte, wurden mit Begeisterung verzehrt. Ob Fleisch oder Früchte, alles schmeckte hervorragend. Der Höhepunkt für viele Gäste waren aber trotzdem die frisch geborenen Säuli.

Referate von Bruno Walliser und Benjamin Fischer

Bevor es zu Tisch ging und die Würste und Hamburger mit Fleisch vom eigenen Hof serviert wurden, referierten unsere beiden Nationalräte aus Volketswil, Bruno Walliser und Benjamin Fischer, über die aktuelle Lage der Politik in Bundesbern. Jedes Thema, das sie ansprachen, lief auf den wichtigen Aufruf hinaus, unbedingt im Oktober wählen zu gehen, um den Linksdrall im Parlament beenden zu können. Ob beim Theater um die Ruag, den Waffenlieferungen an die Ukraine, der Strommangellage oder dem Ständerat, der in den letzten Jahren immer weiter nach links rutschte: Überall kämpften die beiden Nationalräte zusammen mit ihrer Fraktion für bewährte bürgerliche Werte.

Tobias Infortuna



Ein köstlicher Hofbesuch. V.l.n.r.: Gastgeber Lorenz Kunz, NR Bruno Walliser, Oberrichter Beat Stiefel, NR Benjamin Fischer, KR Tobias Infortuna und KR Ueli Pfister. Bild: ZVG

Prämien-Schock bei den Krankenkassen stoppen

2x auf Ihre Liste

Paul Mayer
Unternehmer Kantonsrat
In den Nationalrat

Liste 1 SVP
Die Partei des Mittelstandes

Informationen zur Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» auf:
Mittelstand-entlasten.ch

DJ TOMMY & DJ FREDI
Matter Heer

AFTER-WORK PARTY

Donnerstag, 21. September
ab 17.30 Uhr

HAPPY HOUR
17:30-18:30

Arch Bar, Archstrasse 2
8400 Winterthur

SVP
Die Partei des Mittelstandes

SVP WÄDENSWIL

Nationalrat Thomas Matter als Referent zur Standortbestimmung vor den wegweisenden Wahlen

Mit anschliessender Vorstellung der SVP-Nationalratskandidaten des Bezirks Horgen: Christina Zurfluh, Nicolas Rasper, Adrian Wegmann, Marcel Suter, Urs Waser

Freitag, 29. September 2023, 19.00 Uhr
Restaurant Neubüel, Wädenswil

Gerne laden wir Sie anschliessend zu einem Apéro riche ein.

Alle sind herzlich willkommen.

eidgenössische Wahlen

Unternehmer nach Bern!

Auf der KMU-Unternehmerliste 22 stellen sich bewährte und erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer für die Nationalratswahlen zur Verfügung, darunter zahlreiche Kantonsräte und Gemeindepapenarier. Alle diese Vertreter wollen das politische Gewicht der KMU in Bern stärken und den eigenen Anliegen mit Nachdruck eine Stimme geben.



Hans-Ulrich Bigler
alt Nationalrat/Direktor
Schweizerischer
Gewerbeverband
Affoltern am Albis



KMU-Betriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Bild: Tim Reckmann (Flickr.com)

Allgemein bekannt ist: KMU sind das Rückgrat der Volkswirtschaft. Aber wussten Sie konkret, dass kleine und mittlere Betriebe mit weniger als 250 Beschäftigten über 99% aller Unternehmen in der Schweiz ausmachen? Wussten Sie, dass diese Betriebe über zwei Drittel der Arbeitsplätze stellen und 60% der Wertschöpfung in der Schweiz erarbeiten? KMU investieren auch in die Zukunft: Kleine und mittlere Betriebe bilden im Verhältnis mehr Lehrlinge aus als andere Betriebe. Darum brauchen wir mehr Unternehmer und Gewerbevertreter in Bern!

Anpacken anstelle von Floskeln

Gerne wird am Sonntag das Hohelied auf die KMU angestimmt. Im Alltag sieht die Realität allerdings ganz anders aus. Da wird munter reguliert, reglementiert und legiferiert. Deshalb muss hier entschieden Gegensteuer gegeben werden. Wer die Vielfalt der KMU als Ressource stärken will, stärkt die Freiheit und baut Regulierungskosten ab. Was heisst das konkret?

Unternehmerische Freiheit und Selbstverantwortung sind dann möglich, wenn die politischen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen für möglichst freien Wettbewerb in

einem möglichst freien Markt sorgen. Eine gute Ordnungspolitik ist die Voraussetzung für Innovation, höhere Produktivität und damit gesteigerten Wohlstand für alle.

Unnötige Regulierungen sind zu vermeiden. Sie verursachen Kosten und Ausgaben für KMU und binden Kapital, wie etwa stundenlanges Ausfüllen von Statistiken und Bewilligungen, Vorschriften für die Produktion oder bürokratische Abrechnungen für Mehrwertsteuer und Sozialversicherungen.

Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung

Der Schuh drückt die KMU aber auch beim Fachkräftemangel. Die Entwicklung kommt nicht überraschend. Es ist allgemein bekannt, dass aktuell die sogenannten Babyboomer in Pension gehen und gleichzeitig ein Geburtenknick für weniger Arbeitskräftezuwachs

sorgt. Und die unangenehme Tatsache: Das Problem wird uns noch einige Jahre beschäftigen. Nun könnte man auf der Suche nach simplen Lösungsansätzen zum Schluss kommen: Wir lösen das Problem über die Personenfreizügigkeit und durch Fachkräfte aus dem Ausland. Eindimensionale Diskussionsansätze führen aber selten weiter.

Diskutiert werden muss, welches Wachstum in der Schweiz eigentlich anzustreben ist. Entsteht tatsächlich zusätzlicher Wohlstand für unser Land oder belasten wir durch ein anhaltendes «Weiter so» bloss Infrastruktur und Umwelt – ohne Wohlstandsgewinn?

Und nicht zuletzt: Soll die Zuwanderung wieder anders gesteuert werden und wenn ja, in welcher Form? Zu Recht fordert die Nachhaltigkeits-Initiative in diesem Zusammenhang, dass durch eine regulierte Bevölkerungsentwicklung unsere Umwelt geschützt und die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur, der Gesundheitsversorgung, der Bildungseinrichtungen, der Stromversorgung sowie der Sozialwerke gewährleistet wird.

Erfahrung und Glaubwürdigkeit

Mit ihrem Wissen um die regulatorischen Belastungen und der Praxiserfahrung bringen die Vertreterinnen und Vertreter der KMU-Unternehmerliste 22 hohe Erfahrung und Glaubwürdigkeit mit, um den politischen Handlungsbedarf für KMU aufzuzeigen. Wer die Vielfalt der KMU stärken will, wählt deshalb die KMU-Unternehmerliste 22.

SICHERHEIT

Die Kriminalität im Kanton Zürich steigt an

Die Kriminalität steigt. Höhere Strafen wären dringend angezeigt. Leider hat es das Parlament dieses Jahr versäumt, das Sexualstrafrecht angemessen zu verschärfen.



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küssnacht

Wie ein Blick in die aktuelle Kriminalstatistik zeigt, ist die Anzahl Gewaltdelikte im Kanton Zürich im Vergleich zum Vorjahr um 9,3 Prozent angestiegen. Dazu kommen vor allem in der Stadt Zürich wiederholt Gewaltexzesse durch Chaoten, die sogar Polizisten und Sanitäter angreifen und hohe Sachschäden verursachen. Dies muss gestoppt werden. Ich habe zusammen mit der jungen SVP die Anti-Chaoten-Initiative lanciert, sodass künftig die verantwortlichen Chaoten die Kosten für die verursachten Schäden und Polizeieinsätze zu tragen haben. Die Anti-Chaoten-Initiative und der Gegenvorschlag werden bald auch vor das Volk kommen.

Unter 18 Jahren gilt das Jugendstrafrecht mit Massnahmen, selbst in sehr schweren Fällen. Ich hatte dazu zusammen mit Valentin Landmann eine Parlamentarische Initiative im Kantonsrat eingereicht, welche fordert, dass bei besonders schweren Delikten wie Mord auch Erwachsenenstrafrecht angewendet werden kann und somit anstatt einer Schutzmassnahme auch eine Strafe (Freiheitsentzug) verordnet werden kann. Dies auch im Sinne der Abschreckung. Diese Themen würde ich auch gerne in Bern vorantreiben.

Importierte Kriminalität

Überproportional bei Gewaltdelikten vertreten sind Täter ausländischer Herkunft. Umso wichtiger ist es, daran festzuhalten, dass die Nationalität der Täter seitens der Polizei genannt werden muss,

wie die SVP erfolgreich durchbringen konnte. Die Bevölkerung und die Opfer haben ein Anrecht auf diese wichtigen Informationen. Tatsache ist, dass in unseren Gefängnissen durchschnittlich 75 Prozent der Inhaftierten ausländischer Herkunft sind. Ihr Anteil ist vor allem bei Gewalt-, Tötungs- und Einbruchdelikten hoch. Man erinnere sich auch an die Massenschlägerei verschiedener Eritreer kürzlich in Opfikon. Um die oft auch importierte Kriminalität zu reduzieren, muss die Zuwanderung wieder gesteuert werden – einerseits durch strenge Grenzkontrollen und die Ausschaffung ausländischer Straftäter – andererseits durch die Begrenzung der Zuwanderung. Die soeben von der SVP lancierte «Nachhaltigkeits-Initiative» möchte Massnahmen ergreifen, wenn die Marke von 9,5 Millionen Einwohnern erreicht ist.

Keine Geldstrafen für Vergewaltiger

In der Schweiz kommt ein Drittel der wegen qualifizierter Vergewaltigung Verurteilten mit einer bedingt ausgesprochenen Strafe davon. Dies können viele Personen auch ausserhalb unserer Partei nicht nachvollziehen, da eine qualifizierte Vergewaltigung eines der schlimmsten Delikte darstellt.

Im überparteilichen Komitee «Keine Geldstrafen für Vergewaltiger» habe ich mich dafür eingesetzt, dass es mit der Revision des Sexualstrafrechts im vergangenen Winter keine milden Strafen für Vergewaltiger gibt, sondern eine Mindeststrafe von zwei Jahren Freiheitsstrafe bei Vorliegen einer qualifizierten Vergewaltigung. Der Nationalrat hat im Dezember das erste Mal darüber befunden. Erfreulich war, dass im Unterschied zum Ständerat der Nationalrat beim Grundtatbestand der Ver-

gewaltigung die Möglichkeit von Geldstrafen ausgeschlossen hat. Der Nationalrat hat sich im neuen Sexualstrafrecht der «Nein heisst Nein»-Lösung des Ständerats angeschlossen und dabei auch den möglichen Schockzustand, das sogenannte Freezing, von Opfern in den Tatbestand der Vergewaltigung eingeschlossen. Eine Beschränkung auf «Ja heisst Ja», wie es die Linken wollten, wäre zu theoretisch gewesen.

Bürgerliche machen sich für Opfer stark

Zu bemängeln ist allerdings, dass sowohl für sexuelle Nötigung wie auch für den Missbrauch urteilsunfähiger Personen im neuen Sexualstrafrecht weiterhin Geldstrafen möglich sein werden. Die Linken betreiben hier eine Doppelmoral und oft mehr Täter- als Opferschutz.

Für die qualifizierte Vergewaltigung sah der Ständerat ursprünglich eine Mindeststrafe von zwei Jahren vor, reduzierte diese in der Zwischenzeit – v.a. auf Initiative der Grünen und der FDP – wieder auf ein Jahr. Das Komitee und die SVP forderten bei einer qualifizierten Vergewaltigung mindestens zwei Jahre Freiheitsstrafe. Leider setzte sich der Ständerat durch. Für die qualifizierte Vergewaltigung gilt weiterhin eine Mindeststrafe von einem Jahr, die in der Regel auf Bewährung ausgesprochen wird. Ein solch tiefes Strafmass ist international beispiellos. Beide Räte schrieben immerhin fest, dass Sexualdelikte an unter zwölfjährigen Kindern nicht verjähren, was sehr erfreulich ist.

Gewisse Erfolge konnten dank den Bürgerlichen somit bereits verbucht werden. Es gilt, an diesen Themen unbedingt dranzubleiben, auch im Sinne der Signalwirkung und der Abschreckung.

ERINNERUNGSPOLITIK

Verfassungsjubiläum



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Am 12. September ist es 175 Jahre her, seit die Schweiz vom lockeren Staatenbund zum heutigen festen Bundesstaat wurde. Grundlage war die neue Bundesverfassung von 1848. Diese ermöglichte eine bis heute andauernde Periode des Friedens, des Wohlstandes und der Bürgerrechte.

Die Bundesverfassung 1848 war ein Werk der liberal-radikalen Grossfamilie. Aus dieser sind die heutige FDP und die heutige SVP hervorgegangen.

Liberales Katholiken haben an der Bundesverfassung mitgewirkt – vom Schwyzer Vertreter stammte der Vorschlag zweier gleichberechtigter Parlamentskammern, die eine als Vertretung der Bevölkerung (Nationalrat) und die andere als Vertretung der Kantone (Ständerat).

Es handelte sich bei der Bundesverfassung nicht um eine Neugründung

der Eidgenossenschaft. Die Verfassungsväter wollten das Schweizerhaus bloss renovieren, um endlich die Einmischungen von aussen loszuwerden. 1874 wurde die Verfassung noch einmal renoviert, wie es auch bei einem Haus üblich ist. Und zwar durch die Verwirklichung der direkten Demokratie, indem das Volk seither Initiativen einreichen und auch bei Sachfragen abstimmen kann.

Es war den Begründern der Bundesverfassung von 1848 klar, dass sie an eine lange Tradition anknüpfen, die bis 1291 zurückreicht. Darum schrieben sie am Anfang der Verfassung «Im Namen Gottes, des Allmächtigen» – genau wie im Bundesbrief von 1291.

Neuerdings verlangen einige Politiker, man solle neben dem 1. August als Erinnerung an 1291 auch den 12. September im Gedenken an 1848 zum Nationalfeiertag erheben. Kennt irgendjemand einen Menschen, der zwei Geburtstage feiert? Diese Idee kommt mir vor, als würde jemand neben dem Tag seiner Geburt auch noch den Tag seines Studien- oder Lehrabschlusses zur Geburtsstunde erklären.



Die Schweizer Bundesverfassung von 1848: ein zweiter Geburtstag der Schweiz? Bild: getarchive.net

Podiumsdiskussion Landwirtschaft und Biodiversität

Mehrzweckraum
Sandrainstrasse 13
8156 Oberhasli

Freitag 22. September 2023
19.00 Uhr
Moderation: Alexandra Gavilano

Vortrag über Landwirtschaft mit Zukunft, von Dominik Waser (Grüne)
Mit Nationalratskandidaten aus dem Bezirk Dielsdorf und Bülach



David Galeuchet
Grüne



Michele Dunki-Battig
SP



Markus Bopp
SVP



Barbara Franzen
FDP

Im Nationalrat sorged mir für meh –
Unabhängigkeit, Freiheit und SVPe!

Besuchen
Sie uns - für
Verpflegung
ist gesorgt!

Tourdaten:

Fr. 15. September
17-19 Uhr
Bahnhof Kloten

Sa. 23. September
11-14 Uhr, Stadt-
zentrum Uster

Sa. 7. Oktober
11-14 Uhr
Richterswil

Sa. 14. Oktober
11-14 Uhr
Winterthur

Fr. 20. Oktober
16-19 Uhr
Stadt Zürich



Wahlen 22.10.23

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

In den Nationalrat:



In den Nationalrat

Domenik «Lädi»
Ledergerber

Anita
Borer

Bisher
Thomas
Matter

Im Nationalrat sorged mir für meh –
Unabhängigkeit, Freiheit und SVPe!

Im Nationalrat sorged mir für meh –
Unabhängigkeit, Freiheit und SVPe!

Im Nationalrat sorged mir für meh –
Unabhängigkeit, Freiheit und SVPe!

Im Nationalrat sorged mir für meh –
Unabhängigkeit, Freiheit und SVPe!

Im Nationalrat sorged mir für meh –
Unabhängigkeit, Freiheit und SVPe!

Im Nationalrat sorged mir für meh –
Unabhängigkeit, Freiheit und SVPe!

Im Nationalrat sorged mir für meh –
Unabhängigkeit, Freiheit und SVPe!

Im Nationalrat sorged mir für meh –
Unabhängigkeit, Freiheit und SVPe!

Fadegrad



von
Susanne Brunner

Diagnose richtig – Rezept falsch

«Es ist längstens genug. Wo soll denn das noch hinführen, zur 10-Millionen-, 12-Millionen- oder 20-Millionen-Schweiz?» Und: «Klar ist, dass die Zuwanderung zu hoch ist, zu schnell kommt und vor allem aus den falschen Gründen geschieht.» Diese Sätze spricht nicht etwa Marco Chiesa, sondern die SP-Nationalrätin Jacqueline Badran. Obwohl sie einen eigentümlichen Umgang mit Journalisten pflegt und diese auch gerne lauthals beschimpft, wird sie in den Medien oftmals wie ein Popstar gefeiert. Am 3. September gewährte die «NZZ am Sonntag» ihr ein grosses Interview. Darin kritisiert Jacqueline Badran mit klaren Worten die zu hohe Zuwanderung in unser Land. Besser geht's nicht, wenn die SP uns nun hilft, die zu hohe Zuwanderung in den Griff zu kriegen?

Weit gefehlt! Diagnose richtig, Rezept völlig falsch. Badran identifiziert zwar die Zuwanderung als Problem für unser Land. Richtig stellt sie fest, dass wir infolge der hohen Zuwanderung immer mehr Wohnungen, Ärzte, Strassen, Coiffeure und für die Kinder der Zuwanderer mehr Schulen und Lehrer brauchen. Es ist eine Spirale, die sich immer schneller dreht. Doch Badran behauptet, dass die attraktive Steuerpolitik für Unternehmen schuld daran sei, dass wir eine zu hohe Zuwanderung verzeichnen, denn dadurch seien viele Firmen in unser Land gekommen. So lautet das «Rezept Badran» gegen zu hohe Zuwanderung: Den Schweizer Wirtschaftsstandort unattraktiv machen und demontieren, damit der Zustrom von Arbeitskräften und Migranten in unser Land gedrosselt wird. Sie schlägt vor, Firmen mit Industriearbeitsplätzen zum Beispiel in den Kosovo zu verlegen. So könnten wir das «Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern schliessen». Was sie dabei salopp übersieht: Sie verordnet ein Amnatsprogramm für uns alle. Denn wenn Firmen abwandern, schadet das allen. Und sie übersieht, dass es weitere wichtige Standortfaktoren braucht, um Wohlstand schaffen zu können: politische Stabilität, Garantie der Eigentumsrechte und Rechtssicherheit. Gerade daran mangelt es zum Beispiel im Kosovo. Darum ist er für ausländische Investitionen und Firmenansiedlungen nicht attraktiv. Wir wären kopflos, würden wir die Ideen der SP-Nationalrätin befolgen und unseren Standort verschlechtern. Der Elefant im Raum ist und bleibt die Personenfreizügigkeit zusammen mit der ungesteuerten Asyl-Migration. Das richtige Rezept lautet: Nachhaltigkeits-Initiative! Am 1. Juli hat die SVP die Initiative lanciert. Je schneller wir die Unterschriften sammeln, desto rascher können wir die Zuwanderung bremsen. Packen wir es also an und sammeln die 100 000 möglichst rasch!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Ehret das Alter, so ehrt ihr eure Zukunft

Ältere Menschen werden wegen der Zuwanderung zunehmend aus der Stadt vertrieben. Das ist ungerecht. Die SVP setzt sich deshalb dafür ein, dass das Angebot an Alterswohnungen erhöht wird.



Walter Anken
Gemeinderat SVP
Zürich

Dem Laufe der Zeit entkommt keiner oder wie mir meine Mutter als Kind manchmal sagte, wenn ich lautstark meine Ideen verbreitete: «Oh grüne Jugend, was prahlst du so? Ein jeder Halm wird endlich Stroh» (Paul Heyse). Die Gemeinderatssitzung vom vergangenen Mittwoch wurde von Vorstössen des Gesundheits- und Umweltschutts (GUD) dominiert. In der Weisung 2023/201 ging es um die Volksinitiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich (Plus 2000)». Die Initiative wurde im vergangenen Januar bei der Stadtkanzlei mit 6000 Unterschriften eingereicht und für gültig erklärt. Die Gemeindeordnung soll mit einer neuen Bestimmung Art. 155 Abs. 2 ergänzt werden. Um ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen zu schaffen, wird der Bestand der Alterswohnungen mit Kostenmiete der Stiftung Alterswohnungen (SAW) und anderer gemeinnütziger Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträger bis 2035 im Vergleich zum Stand vom 31. Dezember 2019 um 2000 Wohnungen erhöht.

Nachfrage nach Alterswohnungen ungestillt

Begründet wird die Initiative mit der Zustimmung zum wohnpolitischen Grundsatzartikel. Dieser verlangt, dass die Stadt für ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Wohnmöglichkei-



Ältere Menschen haben viel für unsere Gesellschaft geleistet. Sie müssen mit Respekt behandelt werden.

Bild: Wikipedia

ten für ältere Menschen sorgt. Nur die SAW bietet Alterswohnungen zur Kostenmiete an. Ihr Bestand liegt aktuell bei 2000 Wohnungen, was die Nachfrage bei Weitem nicht abdeckt. Auch die SAW hat die grosse Nachfrage nach Alterswohnungen erkannt und will bis 2035 rund 1000 zusätzliche Wohnungen bauen.

Die Initiative hier will nun doppelt so viele zusätzliche Wohnungen, was bei dieser Massenzuwanderung in die Stadt fast ein Ding der Unmöglichkeit ist. Uns fehlen schlicht und einfach die Flächen, um diese Wohnungen zu bauen. Eine Stockwerkhöhen hat der linke Gemeinderat kürzlich abgeschmettert. Es gibt nur eine Lösung: Wir müssen die Einwanderung wieder eigenständig steuern.

Ältere Menschen werden vertrieben

Schon Paracelsus sagte: «Nur die Menge macht das Gift.» Die Ziele der Initiative decken sich auch mit der neuen Altersstrategie. Die SVP stimmte ihr zu. Weil die älteren Menschen oft keine neue Wohnung finden, werden sie aus ihrer gewohnten Umgebung vertrieben und nicht selten müssen sie ausserhalb der Stadt Unterschlupf suchen. Eine sagenhafte Ungerechtigkeit, denn diese Menschen haben oft ihr ganzes Leben in der Stadt verbracht, hier gearbeitet, Steuern bezahlt, Kinder grossgezogen und werden nun gezwungen, ihr soziales Umfeld im hohen Alter aufzugeben. Freunde, Familie und Kollegen sind von einem Tag auf den anderen weg. Verdrängt von wem? Ja, auch von vielen

Menschen aus fremden Kulturen. Immer mehr strömen in die Stadt, treiben zuerst einmal die Mieten massiv in die Höhe und dann muss die ganze Infrastruktur im Turbo ausgebaut werden, was uns kurz- und mittelfristig Milliarden kosten wird. Ich versuche mir vorzustellen, wie sich ein Rentnerpaar wohl fühlen muss, wenn es seine geliebte Stadt Zürich nach Jahrzehnten verlassen muss, im Wissen, dass «Gäste» kommen, die noch nie einen Finger für diese Stadt gekrümmt haben und ihnen nun den Wohnraum streitig machen. Hass, Frust, Ohnmacht oder alles zusammen? So geht die SVP nicht mit der älteren Generation um. Wir unterstützen jeden Vorstoss, um die Anzahl an Alterswohnungen in der Stadt zu erhöhen.

AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

Ideologisch geprägte Verkehrspolitik und ihre verheerenden Auswirkungen

Die linksgrüne Verkehrspolitik führt zu Chaos. Sie schadet damit unserem Gewerbe und damit letztlich auch der Bevölkerung. Die SVP Uster hat eine Initiative lanciert, die den systematischen Feldzug gegen den motorisierten Verkehr in Uster stoppen will. Trotz einer linksgrünen Dominanz stehen die Chancen gut.



Anita Borer
Kantonsrätin und
Gemeinderätin SVP
Uster

Die Gewerbetreibenden, die Handwerker und die Konsumenten – sie alle erleben ein Stadtzentrum und machen es attraktiv. Belebung geschieht dann, wenn das Stadtzentrum von allen Beteiligten frequentiert wird.

Der Mitarbeiter, der in der Mittagspause etwas zum Essen kauft. Die Jubilarin, die die Apéro-Platte für die Geburtstagsparty abholt. Der Familienvater, der den Wocheneinkauf für die Grossfamilie erledigt. Der Handwerker, der den tropfenden Wasserhahn repariert. Die Beispiele zeigen, was nötig ist für ein belebtes Zentrum. Es braucht das Gewerbe und die Konsumenten. Es braucht aber auch die entsprechende Infrastruktur: Gewerbeflächen, Zufahrtsstrassen, Parkplätze und vieles mehr.

Systematischer Feldzug gegen den motorisierten Individualverkehr

Usters Stadtrat propagiert ein attraktives Stadtzentrum. Doch genau hier – wenn es um die Infrastruktur geht – krebst er zurück. Einkäufe sollen gefälligst mit dem Velo getätigt werden. Wenn mit Auto, dann können die Einkäufe ja gut ein paar hundert Meter bis zum nächsten Parkhaus geschleppt werden. Und überhaupt: Die Konsumgesellschaft gilt es sowieso einzuschrän-

ken (Achtung: Ironie). Das Ganze ist natürlich überspitzt dargestellt, doch die Absicht der linksgrünen Verbotskultur dringt durch: Der motorisierte Verkehr ist des Teufels. Parkplätze müssen verschwinden. So setzt der linksgrüne Stadtrat in Uster alles daran, dieses Ziel zu erreichen: Er sperrt das Zentrum für den motorisierten Verkehr, hebt Parkplätze bei Strassensanierungen auf oder sperrt sie für andere Nutzungszwecke. Im Zentrum von Uster will er die Parkplätze ersatzlos streichen. Wer einmal mit dem Auto durch Uster gefahren ist, weiss: In Uster herrscht ein ständiges Verkehrs-Chaos, insbesondere zu Stosszeiten.

Was ist die tragische Konsequenz? Diejenigen, die in Uster einkaufen oder konsumieren wollen, nutzen den Weg des geringsten Widerstands: Sie weichen auf die Einkaufsmöglichkeiten im nahegelegenen Volketswil oder im Glattzentrum aus, wo das Parkieren sogar gratis ist. Die Leidtragenden sind die Ustermer Detaillisten, Produzenten, Gewerbetreibenden und letztlich die Ustermer Bevölkerung. Denn damit verkommt Uster mehr und mehr zur Schlafstadt.

JA zur SVP-Volksinitiative «In Uster konsumieren – lokal parkieren».

Die SVP will keine vom Stadtrat aufgezungenen Zentrumssperrungen und keinen ideologisch geprägten Parkplatzabbau. Um den fortwährenden Parkplatzabbau in Uster zu stoppen, hat die SVP die Volksinitiative «In Uster konsumieren – lokal parkieren» mit über-

ragender Unterschriftenzahl eingereicht. Die Initiative gelangt am 19. November 2023 zur Abstimmung. Sie will die Anzahl der öffentlichen Parkplätze im Stadtzentrum, in den Quartieren und den Naherholungsgebieten auf dem Stand vom 1. Januar 2022 erhalten.

Mehr gesunder Menschenverstand!

Die erfreuliche und verheissungsvolle Botschaft: Neben der SVP stehen die EDU, die FDP, der Gewerbeverband Uster, das Wirtschaftsforum Uster und der

HEV Uster hinter dem Anliegen. Dies ist ein Lichtblick und lässt darauf hoffen, dass in Uster trotz linksgrüner Prägung doch noch gesunder Menschenverstand waltet und dem Feldzug gegen den motorisierten Individualverkehr Einhalt geboten wird.

Uster ist nicht die einzige Stadt, die mit den schädlichen Auswirkungen der linksgrünen Verbotskultur zu kämpfen hat. Wer diesen Irrsinn stoppen will, muss am 22. Oktober die SVP Liste 1, wählen. Ein Erfolg der SVP bei den Nationalratswahlen würde auch den Ortsparteien Schwung geben, denn die nächsten Gemeindewahlen kommen rasch näher!



Die Gewerbetreibenden im Ustermer Stadtzentrum sind auf genügend Parkplätze angewiesen.

Bild: Wikipedia

KNAPPER WOHNRAUM

Was wirkt gegen Wohnungsmangel?



York-Peter Meyer
Finanzexperte
SVP Küssnacht

Es heisst, Wohnen sei jedermanns Recht. Aber dadurch, dass man etwas zu einem Recht erklärt, entkommt man nicht den Gesetzen der Knappheit und des Marktes.

Wohnraum ist in der Schweiz knapp

Wer in der Schweiz eine Wohnung mieten möchte, sieht sich immer häufiger mit einer enormen Anzahl anderer Bewerber konfrontiert. Der Suchaufwand kann enorm sein. Für die Vermieter wird es hingegen immer einfacher: Letztes Jahr wurden Mietwohnungen nur noch 27 Tage lang inseriert. Im Vorjahr waren es noch 34 Tage.

Wohnraum ist nicht deshalb knapp, weil die Schweizer mehr Wohnfläche in Anspruch nehmen würden. Von 1980 bis 2000 wuchs die Wohnfläche pro Schweizer stark, weil damals viel gebaut wurde und die Zuwanderung noch kontrolliert erfolgte. Heute hingegen können sich nur wenige mehr Wohnraum leisten.

Damit sind wir bei der wahren Ursache, nämlich der Zuwanderung. Jedes Jahr wandern knapp 200 000 Personen in die Schweiz ein. Rund 120 000 Personen wandern aus, und die Schweiz muss Jahr für Jahr rund 70 000 Nettoeinwanderer beherbergen.

Überraschend ist, dass die Nachfrage nach Wohnraum auch deshalb wächst, weil es mehr einheimische Schweizer gibt. Zwar haben wir nur 1,4 Kinder pro Frau, und für den Erhalt wären 2,1 Kinder notwendig. Aber wir leben länger, und dadurch gibt es jedes Jahr mehr Geburten als Todesfälle. Mit rund 10 000 bis 20 000 Personen pro Jahr hat dieser Geburtenüberschuss aber viel geringere Auswirkungen als die Zuwanderung.

Umverteilung funktioniert nicht

Die Linken fordern immer mehr Wohnraumförderung. Diese ist jedoch nicht gratis. Wenn jemand günstigen Wohnraum bekommt, bezahlt der Steuerzahler dafür. Und es gelingt gemäss einer Studie von Raiffeisen nicht, den subventionierten Wohnraum den Bedürftigen zur Verfügung zu stellen. Die Raiffeisen-Studie «Feuer im Dach» von diesem Jahr fand: «Rund die Hälfte der Mieter von Genossenschaftswohnungen entstammt den obersten drei Einkommensquintilen und wäre auf Förderung nicht angewiesen.» Der durchschnittliche genossenschaftliche Mieter verdient also



Die Wohnfläche pro Kopf verändert sich kaum, während die Gesamtwohnfläche rasant ansteigt. Bild: SVP Kanton Zürich

normal oder sogar besonders gut. Hinzu kommen Ineffizienzen. Manche Mieter behalten wegen der subventionierten Mieten eine zu grosse Wohnung, nachdem die Kinder ausgezogen sind. Das geht zulasten neuer kinderreicher Familien. Vor allem aber gilt: Jeder subventionierte Mieter nimmt einem anderen Mieter auf dem freien Markt eine Wohnung weg. Der Mangel wird durch solche Massnahmen also eher schlecht als recht verwaltet und sicher nicht behoben.

Nur mehr Wohnraum löst das Problem

Besser wäre es, den Mangel zu beheben, wie die Bürgerlichen fordern. Aber leider nur die Bürgerlichen.

Beispielsweise hat der Gemeinderat der Stadt Zürich im August über eine

grossflächige Aufstockung der Stadt Zürich abgestimmt. FDP und SVP wollten erlauben, alle Gebäude um ein Stockwerk zu erhöhen. Solche Aufstockungen sind häufig in Leichtbauweise ohne Abbruch und Neubau möglich. Es gab auch eine grosse Kompromissbereitschaft, z.B. für Gebäude in der Altstadt. SP, Grüne und AL fanden die Idee zwar verlockend, lehnten sie aber ab. Sie gewannen die Abstimmung mit einer Stimme Mehrheit. Dies zulasten der Mieter, die jetzt keine Wohnung finden werden oder noch mehr bezahlen müssen. Sozial ist das nicht. Es bleibt zu hoffen, dass bürgerliche Kräfte andernorts solche Ideen aufgreifen und erfolgreich umsetzen. Wien und Genf haben umfassende Aufstockungen bereits erlaubt, und viele Mieter haben vom neu geschaffenen Wohnraum profitiert.

Die Gerichtskommission der Vereinigten Bundesversammlung sucht für das Bundesverwaltungsgericht (BVGer):

EINE/N RICHTER/IN MIT HAUPTSPRACHE DEUTSCH

70 % / St. Gallen

IHRE HAUPTAUFGABEN
Sie sind als RichterIn bzw. Richter deutscher Sprache für die Abteilung I des BVGer tätig.

IHRE KOMPETENZEN

- Juristischer Hochschulabschluss, idealerweise Anwaltspatent;
- Mehrjährige Berufserfahrung, vorzugsweise an einem kantonalen Gericht, in der Advokatur oder in der öffentlichen Verwaltung;
- Fundierte Kenntnisse und Erfahrung im Personalrecht, Infrastrukturrecht, im Bereich des Datenschutzes und der Transparenz in der Verwaltung sowie im Steuerrecht;
- Effiziente und speditive Arbeitsweise, Entschlussfreudigkeit, Teamfähigkeit und hohe Sozialkompetenz;
- Hauptsprache Deutsch; sehr gute Kenntnisse einer zweiten Amtssprache und gute passive Kenntnisse einer dritten Amtssprache.

Zusatzinformationen

Die Vereinigte Bundesversammlung wird die Wahl in der Wintersession 2023 vornehmen. Die Gerichtskommission misst einer ausgewogenen Vertretung der verschiedenen politischen Kräfte an den eidgenössischen Gerichten Bedeutung bei: Unter Vorbehalt des Ausgangs der eidgenössischen Wahlen sind am Bundesverwaltungsgericht momentan die Grünen, die FDP, die SVP und – in geringerem Masse – die SP untervertreten.

Bewerbungsfrist: 6. Oktober 2023

Amtsantritt: per 1. Januar 2024

Beschäftigungsgrad: 70 %

Lohn: Lohnklasse 33 (je nach Alter und Erfahrung; Details auf Anfrage)

Kontakt

Für nähere Auskünfte wenden Sie sich bitte an die Sekretärin der Gerichtskommission, Anne Dieu (anne.dieu@parl.admin.ch; Tel.: 058 322 94 26). Wir bitten Sie, Ihre Bewerbung mit Motivationsschreiben, Lebenslauf, Kopien von Diplomen und Arbeitszeugnissen, Angabe von Referenzpersonen (darunter mindestens zwei berufliche Referenzen) mit Telefonnummer, Liste der Publikationen, Straf- und Betreibungsregisterauszug sowie Passfoto elektronisch einzureichen. Nähere Informationen zum BVGer finden Sie im Internet unter www.bvger.ch

Grosses Podium zu den Ständeratswahlen

Nik Gugger
EVP, Nationalrat

Daniel Jositsch
SP, Ständerat, bisher

Die Mitte
Philipp Kutter
Die Mitte, Nationalrat

Am 24.9.2023
Im Schloss Laufen
am Rheinflall, Historama
Von 10.30 bis 12.00 Uhr

Daniel Leupi
Grüne, Stadtrat

grünliberale
Tiana Moser
GLP, Nationalrätin

SVP
Gregor Rutz
SVP, Nationalrat

FDP
Regine Sauter
FDP, Nationalrätin

Eine gemeinsame Veranstaltung der Interparteilichen Konferenz des Bezirks Andelfingen für die Wählerinnen und Wähler im ganzen Weinland.

Sie sind herzlich eingeladen!

„Sieben auf einen Streich!“

Nicht weniger als sieben prominente Politikerinnen und Politiker wollen für den Kanton Zürich in den Ständerat. Im Schloss Laufen können Sie diese kennenlernen.

Moderation: Robin Blanck, Chefredaktor SHN

Hinweis: Das Restaurant Schloss Laufen offeriert am 24.9. wie jeden Sonntag von 10.00 bis 14.00 Uhr seinen Schloss-Brunch. Er kann mit dem Besuch des Podiums kombiniert werden (auf eigene Rechnung, Anmeldung empfohlen).

Öffentliches Referat am Kernenergie Schweiz Chancen und Risiken

19. Sept.
19.30 Uhr



Singsaal Eichi
Grafschaftstr. 55
8172 Niederglatt

von **Thomas Obermayer**
Nukleartechniker
Strahlenschutzsachverständiger
Fachoffizier Stab Bundesrat NAZ



Diesen Sonntag!

29. GIPFELTREFFEN SVP KANTONE SG/TG/ZH

Sonntag, 17. September 2023, ab 10:00 Uhr
Hof Harder, Wolfikon 115, 9533 Kirchberg SG

Ab 10:00 Uhr: **Begrüssung**
10:30 - 11:30 Uhr: **Ansprachen**
Ab 11:30 Uhr: **Mittagsverpflegung aus der Festwirtschaft und Führungen durch die Biogasanlage**
Ausklang mit Festwirtschaft bis zirka 13:30 Uhr
Durchgehend: **Hüpfburg** für unsere jüngsten Gäste

Ansprache Parteipräsident SVP Schweiz

Ständerat TI Marco Chiesa

Ansprachen von:

Nationalrat SG **Michael Götte**
Kantonsrat TG **Pascal Schmid**
Nationalrat ZH **Gregor Rutz**

Begrüssung
Marc Keller, Präsident SVP Kirchberg

Es laden ein:
SVP Kirchberg und SVP Toggenburg

Parkplätze sind signalisiert

Öffentlicher Anlass:
Nichtmitglieder herzlich willkommen

SVP Bonstetten

Einladung zum Podium Bonstetten im Gemeindesaal
21. September 2023 – 19.30 Uhr

Windenergie im Kanton Zürich

Folgt eine Invasion von Windrädern im Kanton Zürich?



Pro: **Balthasar Glättli**
Nationalrat Grüne

Kontra: **Susanne Brunner**
Kantonsrätin SVP

Nationalratswahlen 2023

Die bäuerlichen SVP-Kandidaten erläutern ihre Kandidatur und beantworten Fragen aus dem Publikum.

Martin Haab
Nationalrat (bisher)
Präsident ZBV

Martin Hübscher
Kantonsrat
Fraktionspräsident

Domenik Ledergerber
Kantonsrat
Parteipräsident Kanton Zürich

Besuchen Sie unsere öffentlichen Podiumsgespräche. Wir freuen uns, viele Interessierte am 21. September im Gemeindesaal Bonstetten begrüßen zu dürfen.

SVP Bonstetten

eintraef



Johann Dähler (1953–2023) – stolzer Schweizer in Afrika

Bauer, erfolgreicher Unternehmer in Afrika und Zentralamerika, Familienvater, treuer Freund und leidenschaftlicher Patriot, das war der mit nur siebenzig Jahren letzte Woche verstorbene Johann Dähler. Nach der Kindheit auf dem thurgauischen Eggishof bei Fruthwilten, unweit des Bonaparte-Schlusses Arenenberg, absolvierte er die Landwirtschaftsschule Ebenrain des Kantons Basel-Land in Sissach. Noch kurz vor dem Ende der Kavallerie 1972 als Dragoner ausgehoben, wurde er Feldweibel bei der Panzerabwehr im Waadtland und lernte dort Französisch. Er ging als Leiter einer Gemüseplantage nach Bangui in Zentralafrika, wollte aber bald weiter nach Südamerika.

Nach einem Zwischenhalt seines Schiffes in der Elfenbeinküste wurde dem völlig mittellosen jungen Mann die Leitung einer Konservenfabrik für Ananas angeboten. Bald kaufte er jedoch eine eigene Plantage, exportierte zusammen mit seinen Brüdern als erster in grossem Stil mit der Swissair täglich frische Ananas in die Schweiz und machte diese Frucht dort überhaupt erst zum günstigen Konsumartikel. Von Funktionären der schweizerischen Entwicklungshilfe zu schlechten Risiken gedrängt, ging seine Unternehmung SIGA nach 18 Jahren



Der Autor und Johann Dähler bei einem gutem Glas Wein. Bild: ZVG

erfolgreicher Tätigkeit in Konkurs. Dähler kehrte mit seiner Frau ohne einen Rappen im Sack nach Hause zurück, aber gab nicht auf. Zusammen mit den Söhnen baute er in Costa Rica erneut eine blühende Unternehmung auf. Afrika und seine vielen Angestellten, die dort ihre Arbeit verloren hatten, liessen ihn aber nicht los.

Mit Unterstützung der Schweiz erhielt er seine in Bürgerkriegswirren völlig zerstörten Plantagen zurück und baute sie in kurzer Zeit in Zusammenarbeit mit Nestlé, Barry Callebaut und anderen wieder zu einem Musterbetrieb auf. Hunderte von Mitarbeitern hatten erneut Arbeit und ihre Familien eine Schule und medi-

zinische Versorgung. Die Menschen hingen an ihrem Patron und machten ihn zum Ehrenhüptling. Bundesräte und Parlamentarier aus der Schweiz besuchten seine Plantagen. Seine erwachsenen Kinder werden sein Lebenswerk in Afrika und Zentralamerika jetzt weiterführen. Das Wichtigste war dem überzeugten Appenzeller aber die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes. Er war deshalb auch seit vielen Jahren ein treues Mitglied unserer Partei, gründete sogar eine SVP-Sektion in der Elfenbeinküste. Wenn er in der Schweiz war, verpasste er keine eidgenössische Delegiertenversammlung. In seinem Thurgau erschien er jeden Januar am Schluss der Kadertagung in Horn und überreichte allen Teilnehmern eine Ananas. Den alten Soldaten wurmte es etwas, dass mehrere Männer in seiner Familie vom Feldweibel zum Adjutanten aufgestiegen waren, er aber als Auslandschweizer nicht. An seinem sechzigsten Geburtstag in Afrika nahm er mit Tränen in den Augen aus den Händen des Schweizer Botschafters die Beförderung ehrenhalber in den höheren Grad entgegen. So war Johann Dähler, Bauer, Unternehmer, Patriot.

David Vogelsanger,
Präsident SVP Bezirk Affoltern

IMPRESSUM

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 67. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Winterthur, mit den Nationalräten Alfred Heer und Thomas Matter.

Weidmann. Weitere Informationen unter www.svp-zuerich.ch/veranstaltungen.

Stadt Zürich/Kreis 10

Samstag, 16. September 2023, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbergweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11

Samstag, 16. September 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 16. September 2023, 08.30 Uhr, Ausflug zum Windpark Verenafohren, Tengen (Deutschland), mit Nationalrätin Therese Schläpfer sowie den Kantonsrätinnen Domenik Ledergerber und Tobias

Freitag, 22. September 2023, bis Sonntag, 24. September 2023, SVP-Schiessen 2023, Vorschüssen am Freitag, 15. September 2023, Schiessanlage Oberhof, Tösstalstrasse 448, Fischenthal. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oberland.ch/svp-schiessen-23.

Samstag, 23. September 2023, 12.00 – 15.00 Uhr, Kantonalen Wahlanlass, Eberhard Bau AG, Breitloosstrasse 7, Oberglatt, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

Sonntag, 24. September 2023, 10.30 Uhr, Grosses Podium zu den Ständeratswahlen, Schloss Laufen am Rheinfluss, Historama, Dachsen, mit sieben Ständeratskandidaten.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten

Donnerstag, 21. September 2023, 19.30 Uhr, Wahlveranstaltung, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Martin Haab sowie den Kantonsräten Martin Hübscher, Domenik Ledergerber und Susanne Brunner.

Bezirk Bülach/Kloten

Freitag, 15. September 2023, 17.00 – 19.00 Uhr, Standaktion, Bahnhof Kloten, mit Nationalrat Thomas Matter sowie den Kantonsräten Anita Borer und Domenik Ledergerber.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt

Dienstag, 19. September 2023, 19.30 Uhr, Referat zum Thema «Kernenergie Schweiz – Chancen und Risiken», Zentrum Eichi, Niederglatt, mit Gemeinderat Thomas Obermayer.

Bezirk Dielsdorf/Niederhasli

Samstag, 16. September 2023, 10.00 – 17.00 Uhr, Standaktion, am Strassenfest Niederhasli.

Freitag, 22. September 2023, 19.00 Uhr, Podium Landwirtschaft und Biodiversität, Mehrzweckraum, Sandrainstrasse 13, Oberhasli, u.a. mit Kantonsrat Markus Bopp.

Bezirk Dielsdorf/Oberweningen

Freitag, 15. September 2023, 19.30 Uhr, Podium zu den Ständeratswahlen, Gemeindesaal, Oberweningen, mit den Ständeratskandidaten Gregor Rutz (SVP) und Tiana Angelina Moser (GLP). Anschliessend Apéro.

Bezirk Dietikon/Aesch

Samstag, 16. September 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, beim Volg, Aesch.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf

Donnerstag, 21. September 2023, 14.00 Uhr, Jassmeisterschaft, Gemeindezentrum Birmensdorf. Anmeldung an yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch.

Freitag, 22. September 2023, 18.00 Uhr, Grillanlass, Waldhütte Ettenberg, Birmensdorf, mit den Ständeratskandidaten Gregor Rutz (SVP) und Regine Sauter (FDP), Nationalrat Thomas Matter und Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Anmeldung an ivo.voegeli@hispeed.ch.

Bezirk Hinwil/Gossau

Samstag, 16. September 2023, 14.00 Uhr, Standaktion, Usterstrasse 5, Bertschikon, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Samstag, 16. September 2023, 17.00 Uhr, Grillabend, Pfadiheim, Schützenstrasse 4, Gossau, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Hinwil/Rüti

Samstag, 16. September 2023, 15.30 Uhr, Standaktion, Bandwies, Kiesplatz, Rüti, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Hinwil/Wetzikon

Samstag, 16. September 2023, 13.00 Uhr, Standaktion, bei der Migros, Wetzikon, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Meilen/Stäfa

Samstag, 16. September 2023, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, beim Coop, Kronenstrasse 4, Stäfa, mit Nationalrat Thomas Matter.

Bezirk Pfäffikon/Fehraltorf

Samstag, 16. September 2023, 09.30 Uhr, Standaktion, bei der Migros, Fehraltorf, mit

Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Pfäffikon/Illnau-Effretikon

Samstag, 16. September 2023, 08.30 Uhr, Standaktion, bei der Landi, Illnau, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Samstag, 16. September 2023, 10.30 Uhr, Standaktion, Gemeindeplatz, Hochstrasse 1, Pfäffikon, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Uster/Mönchaltorf

Freitag, 15. September 2023, 19.00 Uhr, Grillabend, Rotblattstübli, Esslingen. Weitere Informationen und Anmeldung unter charles@vogt-ec.ch.

Bezirk Uster/Uster

Donnerstag, 21. September 2023, 19.00 Uhr, Wahlanlass, House of Mezza, Zeughausareal, Uster, mit den Nationalräten Bruno Walliser und Benjamin Fischer sowie den Kantonsräten Anita Borer und Patrick Walder.

Bezirk Winterthur

Freitag, 15. September 2023, 19.00 Uhr, Behördenanlass, Elpag, Tössfeldstrasse 35, Winterthur.

Bezirk Winterthur/Dinhard

Sonntag, 17. September 2023, 13.00 Uhr, Posten-Wanderung, Bachmann's Hof, Seuzacherstrasse 100, Dinhard, mit Nationalrätin Therese Schläpfer und Nationalratskandidaten. Anschliessend Festwirtschaft.

Stadt Winterthur/Altstadt

Donnerstag, 21. September 2023, 17.30 Uhr, After-Work-Party, Arch Bar, Archstrasse 2,

Ständeratskandidat

Gregor Rutz

im Einsatz

Samstag, 16. Sept.
9:00 – 11:00

Samstag, 16. Sept.
11:30 – 14:00

Sonntag, 17. Sept.
10:00

Sonntag, 17. Sept.
10:00

Donnerstag, 21. Sept.
18:30

Freitag, 22. Sept.
05:30 – 07:45

Freitag, 22. Sept.
18:00

Kaffee und Gipfeli in Wädenswil
mit Gregor Rutz, RR Ernst Stocker, den KR Marcel Suter und Urs Waser sowie Adrian Wegmann
Zugerstr. 11 (vor der UBS), 8820 Wädenswil

Wurst und Bier am Zürichsee
mit Gregor Rutz, RR Ernst Stocker, den KR Marcel Suter und Urs Waser sowie Adrian Wegmann
Seebad Bürger II, Seestr. 60, 880 Thalwil

29. Gipfeltreffen der Kantone ZH/TG/SG
mit Gregor Rutz, SR Marco Chiesa, NR Michael Götte und KR Pascal Schmid
Hof Harder, Wolfikon 115, 9533 Kirchberg SG

Puurezmorge z Züri
mit den Zürcher Nationalratskandidaten
Bauernhof Schumacher, Katzenseestr. 8, 8046 Zürich

Kyburg-Forum des HEV Kanton Zürich
Podiumdiskussion mit allen Ständeratskandidaten
Casino-Theater, Stadthausstr. 119, 8400 Winterthur

Führung im Zürcher Engros-Markt
mit Gregor Rutz, den NR Regine Sauter und Beat Walti sowie KR Martin Farner
Zürcher Engros Markthalle, Aargauerstr. 1, 8048 Zürich

Überparteilicher Grillabend
mit Gregor Rutz, NR Regine Sauter, NR Thomas Matter, KR Nina Fehr Düsel sowie Matthias Müller und Gioia Porlezza
Waldhütte Ettenberg, 8903 Birmensdorf

rutz-fuer-zueri.ch

Politik bei Wurst und Bier

Treffen Sie Ständeratskandidat **Gregor Rutz** und Regierungsrat **Ernst Stocker** und stellen Sie Ihre Fragen.



Gregor Rutz
Nationalrat /
Ständeratskandidat



Ernst Stocker
Regierungsrat

Die Nationalratskandidaten **Marcel Suter** (Kantonsrat), **Urs Waser** (Kantonsrat) und **Adrian Wegmann** freuen sich ebenfalls auf Ihren Besuch.

Samstag, 16. September 2023

11.30 – 14 Uhr
Wurst und Bier am Zürichsee
Badi Bürger II, Seestr. 60, 8800 Thalwil

Wurst und Bier sind offeriert!

Alle sind herzlich willkommen – insbesondere auch Nichtmitglieder.

rutz-fuer-zueri.ch
svp-bezirk-horgen.ch

Liste 1
SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Nachhaltigkeits-Initiative

Keine
10-Millionen-
Schweiz

Das will die Initiative erreichen:

JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

Spendenkonto:
IBAN: CH45 0884 5330 3556 0000 0
IG Nachhaltigkeitsinitiative

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

nachhaltigkeitsinitiative.ch